ESV ERICH SCHMIDT VERLAG

Kompendium Steuerstrafrecht

mit Steuerordnungswidrigkeiten- und Verfahrensrecht

von
Rechtsassessor
Dr. iur. Matthias H. Gehm
Lehrbeauftragter an der Deutschen Universität
für Verwaltungswissenschaften Speyer

2., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Weitere Informationen
zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info/978 3 503 15860 7

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 15860 7
eBook: ISBN 978 3 503 15861 4

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2015
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Satz: L 101 Mediengestaltung, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Für
Robert, Hella, Hildegard, Markus und Bertold
sowie meine Kolleginnen, Kollegen und Hörer/innen
an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften
Speyer

Vorwort zur 2. Auflage

Das Grundanliegen des Bandes hat sich gegenüber der ersten Auflage nicht verändert. Insofern soll das Kompendium Steuerstrafrecht weiterhin Steuerberatern, Strafverteidigern, Angehörigen der Finanzverwaltung bzw. der für die Verfolgung von entsprechenden Taten zuständigen Stellen einen praxisorientierten an Fallbeispielen ausgerichteten Überblick zur Materie des Steuerstrafrechts sowie des Steuerordnungswidrigkeitenrechts inklusive des jeweiligen Verfahrensrechts bieten. Die Neuauflage berücksichtigt insbesondere die Novelle der Selbstanzeige zum 1. Januar 2015 aufgrund des Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung v. 22. 12. 2014 (BGBl I 2014, S. 2415), die schon im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens auf vielfache Kritik gestoßen ist. Dass gerade das Steuerstrafrecht auch anlässlich der in den Medien in den letzten Jahren präsenten gegen Prominente geführten Verfahren nicht aus der öffentlichen Diskussion kommt, trägt zudem dazu bei, dass sich der Gesetzgeber vermehrt auf den Plan gerufen fühlt. Insofern erstaunt es nicht, dass auch ganz fundamentale Fragen nunmehr aufgeworfen werden, wie beispielsweise im Zuge der abermaligen Novelle der Selbstanzeige, ob nicht zukünftig die mit bedingtem Vorsatz begangene Steuerhinterziehung nur noch mit einem Bußgeld geahndet werden sollte, da in der Praxis vermehrt Angehörige der steuerberatenden Berufe bzw. der Steuerabteilungen von Wirtschaftsunternehmen mit dem Vorwurf der Steuerhinterziehung konfrontiert würden (Protokoll der 25. Sitzung des Finanzausschusses des Bundestages am 12. November 2014, S. 12 sowie Anlage 2, S. 13). Zwar mag diesem Vorschlag der Erfolg versagt geblieben sein, jedoch wird durch ihn deutlich, wie schnell man – auch als Berater – in den strafrechtlich relevanten Bereich geraten kann, so dass Kenntnisse im Steuerstrafrecht gerade für diesen Personenkreis unabdingbar sind. Auch schreitet die Europäisierung des Steuerstrafrechts zunehmend voran, wie beispielsweise die Entscheidung des EuGH v. 26. Februar 2013 – Rs. C-617/10 – zeigt, durch die der EuGH insofern seine Rechtsprechungskompetenz proklamiert. Aber auch der BGH hat seit der Erstauflage wieder im Bereich des Steuerstrafrechts viele wichtige Entscheidungen getroffen, die in der Neuauflage berücksichtigt wurden, erwähnt sei nur die Frage, wer Täter bei der Unterlassenstatbestandsvariante des § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO sein kann (BGH v. 9. April 2013 – 1 StR 586/12). Zur Verständigung im Strafverfahren hat zudem im Jahr 2013 wie im Jahr 2014 das BVerfG wichtige Entscheidungen getroffen (BVerfG v. 19. März 2013 – 2 BvR 2628/10, 2 BvR 2883/10, 2 BvR 2155/11 sowie v. 26. August 2014 respektive 25. August 2014 – 2 BvR 2400/13 bzw. 2 BvR 2048/13). Weiter wurden auch andere gesetzliche Änderungen aufgenommen wie beispielsweise aufgrund des 2. Kosten-

rechtsmodernisierungsgesetzes. Berücksichtigt wurde die Gesetzeslage und Rechtsprechung bis zum Dezember 2014 bzw. auch die am 1. Januar 2015 in Kraft tretenden Änderungen der Selbstanzeige.

Limburgerhof, im Dezember 2014 Matthias H. Gehm

Vorwort zur 1. Auflage

Die praktische Relevanz des Steuerstrafrechts wird in der jüngsten Zeit plastisch durch die Flut der Selbstanzeigen veranschaulicht, die durch den Ankauf von Datenmaterial über Kapitalanleger in der Schweiz und anderer Staaten ausgelöst wurde. Insofern ist diese Rechtsmaterie ein wichtiges Betätigungsfeld nicht nur für die Finanzverwaltung respektive Strafverfolgungsbehörden sondern auch für Steuerberater und Strafverteidiger. Das Steuerstrafrecht ist darüber hinaus gerade in neuester Zeit Gegenstand mehrerer fundamentaler Entscheidungen des BGH gewesen, die eine Verschärfung für den Täter bedingen; sei es beispielsweise im Hinblick auf die strafbefreienden Selbstanzeige oder die Strafzumessung. Auch in Bezug auf den „Umsatzsteuerbetrug" haben jüngst neben dem BGH sowohl der BFH wie der EuGH und das BVerfG entsprechende Entscheidungen gefällt, die von erheblicher Bedeutung sind. Mit dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz ist weiterhin der Gesetzgeber tätig geworden und hat die Anforderungen an die strafbefreiende Selbstanzeige strenger gefasst. Sowohl für den Steuerberater, Strafverteidiger aber auch für die entsprechenden Strafverfolgungsbehörden ist es unabdingbar, die neuesten Entwicklungen des Steuerstrafrechts zu kennen. Bei der Beraterschaft kommt neben der Aufgabe, auch das steuerstrafrechtliche Mandat als solches zu bewältigen, hinzu, dass sie nicht nur aus haftungsrechtlicher Sicht verpflichtet ist, den Mandanten vor den Risiken eines Steuerstrafverfahrens zu bewahren, sondern sie sich bewusst sein muss, wo für sie selbst bei der steuerlichen Beratung die Gefahr der eigenen Strafbarkeit besteht. Der Band bietet – aufbauend auf die langjährige Lehrtätigkeit des Verfassers an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer sowie seine praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Steuerstrafrechtspflege als Steuerjurist in der Finanzverwaltung – unter Berücksichtigung neuester Rechtsprechung und Gesetzeslage einen praxisorientierten an Fallbeispielen veranschaulichten Überblick sowohl zum materiellen Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrecht als auch zum Verfahrensrecht. Insofern werden auch Fragen der eigenen Strafbarkeit von Beratern bei Wahrnehmung des steuerlichen Mandats, den neuesten Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige aber auch Fragen von Durchsuchung und Beschlagnahme und sich hieraus ergebender Probleme von steuerstraf- wie steuerlichen Verwertungsverboten nachgegangen bzw. entsprechende Rechtsschutzmöglichkeiten aufgezeigt, wie auch der Ablauf einer mündlichen Verhandlung vor dem Strafgericht dargestellt. Ebenso wird auch das entsprechende Kostenrecht behandelt. Weiterhin werden die Möglichkeit von Regressansprüchen bei rechtswidrigem Handeln der Strafverfolgungsbehörden dargelegt. Das Werk ist dabei auch für Nichtjuristen aus sich heraus verständlich

und ermöglicht als abgerundete Betrachtung so den Zugang zu dieser Rechtsmaterie. Rechtsprechung und Gesetzeslage sind bis Stand Ende November 2011 berücksichtigt.

Limburgerhof, im November 2011 Matthias H. Gehm

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage		7
Vorwort zur 1. Auflage		9
Abkürzungsverzeichnis		21
1.	**Materielles Steuerstrafrecht inklusive Selbstanzeige**	27
1.1	Einführung	27
1.2	Die Historie des Steuerstrafrechts	27
1.3	Die Rechtsgrundlagen des Steuerstrafrechts	29
1.3.1	Gesetzliche Grundlagen	29
1.3.2	Verwaltungsanweisungen	36
1.4	Die Steuerhinterziehung nach § 370 AO	37
1.4.1	Objektiver Tatbestand	37
1.4.1.1	Tatobjekt	37
1.4.1.1.1	Steuern	37
1.4.1.1.2	Steuervorteil	42
1.4.1.2	Taterfolg und Deliktsart	44
1.4.1.2.1	Steuerverkürzung (§ 370 Abs. 4 S. 1 HS. 1 AO)	45
1.4.1.2.2	Erlangung eines ungerechtfertigten Steuervorteils (§ 370 Abs. 4 S. 1 HS. 2 AO)	50
1.4.1.2.3	Sonderproblem Berechnung der verkürzten Steuer	52
1.4.1.3	Kompensationsverbot (§ 370 Abs. 4 S. 3 AO)	52
1.4.1.4	Tathandlung	56
1.4.1.4.1	Handlungsalternative (§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO)	56
1.4.1.4.1.1	Tatsachen	57
1.4.1.4.1.2	Steuererheblichkeit der Tatsachen	58
1.4.1.4.1.3	Unrichtige Angaben über Beweismittel	59
1.4.1.4.1.4	Adressat und Form der Handlung	60
1.4.1.4.1.5	Handelnde Personen	61
1.4.1.4.2	Unterlassungsalternative (§ 370 Abs. 1 Nr. 2 AO)	61
1.4.1.4.3	Tatbestandsalternative § 370 Abs. 1 Nr. 3 AO	67
1.4.1.5	Verbringungsverbot (§ 370 Abs. 5 AO)	67
1.4.1.6	Kausalität zwischen Tathandlung und Erfolg	67
1.4.2	Subjektiver Tatbestand	68
1.4.2.1	Vorsatz in Abgrenzung zur Fahrlässigkeit	68
1.4.2.1.1	Eventualvorsatz und Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit	70
1.4.2.1.2	Absicht	73

1.4.2.1.3	Direkter Vorsatz	74
1.4.2.2	Tatbestandsirrtum	74
1.4.3	Rechtswidrigkeit	77
1.4.4	Schuld	78
1.4.4.1	Schuldfähigkeit und allgemeine Entschuldigungsgründe	78
1.4.4.2	Verbotsirrtum	79
1.4.5	Selbstanzeige nach § 371 AO sowie das Absehen von der Strafverfolgung gemäß § 398a AO	82
1.4.5.1	Die Regelung der Selbstanzeige vor dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	91
1.4.5.2	Die Regelung der Selbstanzeige aufgrund des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes	99
1.4.6	Gewerbsmäßige Steuerhinterziehung nach § 370a AO (nunmehr aufgehoben) sowie die Regelbeispiele des § 370 Abs. 3 AO	126
1.4.6.1	§ 370a AO	126
1.4.6.2	Die Regelbeispiele des § 370 Abs. 3 AO	128
1.4.6.2.1	§ 370 Abs. 3 S. 1 AO	129
1.4.6.2.2	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 AO	129
1.4.6.2.3	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 AO	130
1.4.6.2.4	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 AO	131
1.4.6.2.5	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 4 AO	131
1.4.6.2.6	§ 370 Abs. 3 S. 2 Nr. 5 AO	133
1.4.7	Strafbarkeit wegen versuchter Steuerhinterziehung (§ 370 Abs. 2 AO)	134
1.4.7.1	Vorbereitungsstadium	135
1.4.7.2	Abgrenzung Versuch von Vollendung bei den verschiedenen Tatbestandsvarianten	135
1.4.7.2.1	Handlungsalternative (§ 370 Abs. 1 Nr. 1 AO)	135
1.4.7.2.2	Unterlassungsvariante (§ 370 Abs. 1 Nr. 2 AO)	138
1.4.7.3	Rücktritt vom Versuch	139
1.4.8	Beihilfe zur Steuerhinterziehung bzw. täterschaftliche Begehung	141
1.4.8.1	Einführung Täterschaft/Teilnahme	141
1.4.8.2	Täterschaft	141
1.4.8.3	Teilnahme	143
1.4.8.3.1	Anstiftung	144
1.4.8.3.2	Beihilfe	144
1.4.9	Konkurrenzverhältnisse zwischen den einzelnen Steuerhinterziehungstatbestandsalternativen	146
1.4.10	Tateinheit/Tatmehrheit	147
1.4.10.1	Tateinheit	147
1.4.10.2	Tatmehrheit	148
1.4.10.3	Tat im prozessualen Sinn	150
1.4.10.4	Weitere Fälle der Konkurrenz	151
1.4.11	Besondere steuerstrafrechtliche Themenbereiche	152
1.4.11.1	Das Umsatzsteuerkarussell	152
1.4.11.1.1	Ablauf des Umsatzsteuerkarussells und steuerliche Behandlung	153

1.4.11.1.1.1	Ablauf des Karussells	153
1.4.11.1.1.2	Steuerliche Behandlung des Karussells	155
1.4.11.1.2	Strafbarkeit wegen § 370 AO	165
1.4.11.1.3	Strafbarkeit wegen Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26c UStG)	173
1.4.11.1.4	Ordnungswidrigkeit wegen Schädigung des Umsatzsteueraufkommens (§ 26b UStG)	175
1.4.11.1.5	Sonstige Spezialprobleme bezüglich Hinterziehung von Umsatzsteuer	177
1.4.11.2	Hinterziehung verfassungswidriger bzw. europarechtswidriger Steuern	179
1.4.11.2.1	Hinterziehung von Steuern, die nicht im Einklang mit dem GG stehen	179
1.4.11.2.2	Hinterziehung von europarechtwidrigen Steuern	184
1.4.11.3	Hinterziehung von Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer	186
1.4.11.4	Hinterziehung von Körperschaftsteuer	187
1.4.11.5	Hinterziehung betreffend Kapitaleinkünfte	188
1.4.11.6	Hinterziehung von Lohnsteuer	188
1.4.11.7	Hinterziehung im Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren	192
1.4.11.7.1	Anwendung von § 370 AO auf das Erhebungs- und Vollstreckungsverfahren	192
1.4.11.7.2	Fallgruppen von Steuerverfehlungen im Vollstreckungs-/Erhebungsverfahren	194
1.4.11.7.3	Durchbrechung des Steuergeheimnisses	195
1.4.11.7.4	Strafantrag	196
1.4.11.8	Belangbarkeit von Steuerberatern und Rechtsanwälten bzw. Bankmitarbeitern wegen Steuerhinterziehung/ Abgrenzung von strafrechtlich relevantem zu sozialadäquatem Verhalten	196
1.4.11.9	Steuerhinterziehung bei Zusammenveranlagung von Ehegatten	200
1.4.11.10	Steuerhinterziehung bei Schätzung der Besteuerungsgrundlagen	203
1.4.11.11	Steuerhinterziehung bei Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten	204
1.4.11.12	Steuerhinterziehung bei Grundlagenbescheid	205
1.4.11.13	Steuerhinterziehung bei Verlustvortrag	205
1.4.11.14	Absehen von der Steuerfestsetzung gemäß § 156 AO bei Steuerstrafverfahren	207
1.4.11.15	Steuerhinterziehung bei Verweigerung der Benennung des Zahlungsempfängers gemäß § 160 AO sowie Korruptionstatbestände	208
1.4.11.16	Zusammentreffen von Steuer– und außersteuerlichen Delikten	211
1.4.11.16.1	Verhältnis der Steuerhinterziehung zum Betrugstatbestand des § 263 StGB	211

1.4.11.16.2	Subventionsbetrug gemäß § 264 StGB	212
1.4.11.16.3	Begünstigung nach § 257 StGB	213
1.4.11.16.4	Urkundenfälschung gemäß § 267 StGB	213
1.4.11.16.5	Urkundenunterdrückung gemäß § 274 StGB	214
1.4.11.16.6	Vorenthaltung und Veruntreuung von Arbeitsentgelt gemäß § 266a StGB	214
1.4.11.16.7	Untreue gemäß § 266 StGB	214
1.4.11.16.8	Korruptionsdelikte	215
1.4.11.17	Konkurrenz Ordnungswidrigkeit zu Steuerstraftat	216
2.	**Materielles Steuerordnungswidrigkeitenrecht inklusive Selbstanzeige**	217
2.1	Geltung der Normen des OWiG	217
2.2	Leichtfertige Steuerverkürzung nach § 378 AO	217
2.2.1	Objektiver Tatbestand	217
2.2.1.1	Täterkreis	218
2.2.1.2	Tathandlung	219
2.2.1.3	Taterfolg	219
2.2.1.4	Kausalität zwischen Tathandlung und Erfolg sowie Rechtswidrigkeitszusammenhang	219
2.2.2	Subjektiver Tatbestand	220
2.2.3	Rechtswidrigkeit	224
2.2.4	Schuld	224
2.2.5	Bußgeldbefreiende Selbstanzeige nach § 378 Abs. 3 AO	225
2.2.6	Konkurrenz zu den Gefährdungsdelikten gemäß § 379 ff. AO	225
2.2.7	Verjährung	225
2.3	Steuergefährdungsdelikte nach §§ 379 ff. AO	226
2.3.1	Steuergefährdung nach § 379 AO	226
2.3.1.1	Objektiver Tatbestand	226
2.3.1.1.1	§ 379 Abs. 1 AO	226
2.3.1.1.1.1	§ 379 Abs. 1 Nr. 1 AO	226
2.3.1.1.1.2	§ 379 Abs. 1 Nr. 2 AO	227
2.3.1.1.1.3	§ 379 Abs. 1 Nr. 3 AO	228
2.3.1.1.2	§ 379 Abs. 2 AO	230
2.3.1.1.2.1	§ 379 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 1a AO	230
2.3.1.1.2.2	§ 379 Abs. 2 Nr. 2 AO	230
2.3.1.1.3	§ 379 Abs. 3 AO	230
2.3.1.2	Subjektiver Tatbestand	231
2.3.1.3	Rechtswidrigkeit	231
2.3.1.4	Schuld	231
2.3.1.5	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	231
2.3.1.6	Verjährung	231
2.3.2	Gefährdung von Abzugsteuern nach § 380 AO	231
2.3.2.1	Objektiver Tatbestand	232
2.3.2.2	Subjektiver Tatbestand	233
2.3.2.3	Rechtswidrigkeit	233

2.3.2.4	Schuld	233
2.3.2.5	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	233
2.3.2.6	Verjährung	233
2.3.3	Verbrauchsteuergefährdung nach § 381 AO	233
2.3.3.1	Objektiver Tatbestand	234
2.3.3.2	Subjektiver Tatbestand	234
2.3.3.3	Verjährung	234
2.3.3.4	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	234
2.3.4	Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben nach § 382 AO	235
2.3.4.1	Objektiver Tatbestand	235
2.3.4.2	Subjektiver Tatbestand	235
2.3.4.3	Subsidiarität gegenüber § 370 und § 378 AO	235
2.3.4.4	Verjährung	236
2.4	Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungsansprüchen nach § 383 AO	236
2.4.1	Objektiver Tatbestand	236
2.4.2	Subjektiver Tatbestand	237
2.4.3	Verjährung	237
2.5	Zweckwidrige Verwendung des Identifikationsmerkmals nach § 139a AO gemäß § 383a AO	237
2.5.1	Objektiver Tatbestand	237
2.5.2	Subjektiver Tatbestand	237
2.5.3	Schuld	237
2.5.4	Verjährung	238
2.6	Die wichtigsten Bußgeldvorschriften des § 26a UStG	238
2.6.1	Objektiver Tatbestand	238
2.6.2	Subjektiver Tatbestand	240
2.6.3	Aufgriffsgrenzen	240
2.6.4	Verjährung	241
2.6.5	Zuständigkeiten für die Verfolgung	241
2.6.6	Täterkreis	241
2.6.7	Konkurrenzen	242
2.7	Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigung (§ 30 OWiG)	242
2.8	Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen (§ 130 OWiG)	244
2.9	Bemessung der Geldbuße	246
3.	**Strafzumessung**	249
4.	**Verjährung**	267
4.1	Strafrechtliche Verjährung	267
4.1.1	Fristbeginn	269
4.1.1.1	Tatbestandsalternative § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO	270
4.1.1.1.1	Veranlagungssteuern	270

4.1.1.1.2	Fälligkeitssteuern	271
4.1.1.2	Tatbestandsalternative § 370 Abs. 1 Nr. 2 AO	272
4.1.1.2.1	Veranlagungssteuern	273
4.1.1.2.2	Fälligkeitssteuern	274
4.1.1.3	Sonderprobleme bei der Verjährung	275
4.1.2	Unterbrechung und Ruhen der Verjährung	276
4.1.3	Aussetzung des Verfahrens gemäß § 396 AO	282
4.2	Bußgeldrechtliche Verjährung	286
5.	**Verfahrensrecht**	287
5.1	Zuständigkeit und Kompetenzen der Bußgeld- und Strafsachenstelle im Steuerstrafverfahren	287
5.2	Zuständigkeit der Bußgeld- und Strafsachenstelle bei OWi-Verfahren nach §§ 409 und 410 AO sowie Grundzüge des Bußgeldverfahrens	295
5.3	Doppelzuständigkeit der Steuerfahndung nach § 208 AO	297
5.4	Kooperation der Finanzverwaltung mit anderen Dienststellen	300
5.4.1	Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralamt für Steuern sowie dessen Zuständigkeit	300
5.4.2	Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit	300
5.5	Das Ermittlungsverfahren	301
5.5.1	Anfangsverdacht	301
5.5.2	Einleitung des Strafverfahrens und Bekanntgabe der Einleitung sowie Belehrungspflichten	302
5.5.3	Ermittlungsbefugnisse	305
5.5.3.1	Durchsuchung	306
5.5.3.1.1	Begriff der Durchsuchung i. S. v. §§ 102 ff. StPO	306
5.5.3.1.2	Verhältnismäßigkeitsprinzip als Richtschnur der Durchsuchungsmaßnahmen	307
5.5.3.1.3	Durchsuchungsarten	310
5.5.3.1.3.1	Durchsuchung beim Verdächtigen gemäß § 102 StPO	310
5.5.3.1.3.2	Durchsuchung bei anderen Personen gemäß § 103 StPO	312
5.5.3.1.3.3	Durchsuchung gemäß § 111 b Abs. 4 StPO	313
5.5.3.1.4	Durchführung der Durchsuchung	313
5.5.3.1.4.1	Anordnungsbefugnis	313
5.5.3.1.4.2	Verwendbarkeit eines Durchsuchungsbeschlusses in zeitlicher Hinsicht	315
5.5.3.1.4.3	Teilnahmeberechtigte Amtsträger bzw. Durchsuchungspersonal	316
5.5.3.1.4.4	Durchsuchung zur Auffindung beschlagnahmefreier Gegenstände	317
5.5.3.1.4.5	Zufallsfunde	322
5.5.3.1.4.6	Bekanntgabe des Durchsuchungsgrundes	322
5.5.3.1.4.7	Anwendung von Zwang zur Durchsetzung der Durchsuchungsmaßnahme	323
5.5.3.1.4.8	Anwesenheit des von der Durchsuchung Betroffenen	324

5.5.3.1.4.9	Telefonsperre	325
5.5.3.1.4.10	Anfertigung von Fotografien	326
5.5.3.1.4.11	Durchsicht von Papieren etc.	326
5.5.3.1.4.12	Durchsuchungszeit	327
5.5.3.1.4.13	Verpflichtungen bei Beendigung der Durchsuchungsmaßnahme	328
5.5.3.1.4.14	Ermittlungen von steuerstrafrechtlich verjährten Zeiträumen	328
5.5.3.1.5	Formelle Antragstellung und Bestimmtheit der Durchsuchungsanordnung	329
5.5.3.1.5.1	Antragstellung	329
5.5.3.1.5.2	Begründungserfordernis	329
5.5.3.1.5.3	Rechtsfolgen des rechtswidrigen Durchsuchungsbeschlusses sowie Rechtsschutz	331
5.5.3.1.5.4	Aushändigung der schriftlichen Durchsuchungsanordnung	332
5.5.3.1.5.5	Entbehrlichkeit der Durchsuchungsanordnung	333
5.5.3.1.5.6	Sicherstellung und Beschlagnahme	333
5.5.3.1.6	Durchsuchungen, Sicherstellung und Beschlagnahme im Bußgeldverfahren	340
5.5.3.2	Abhörmaßnahmen und sonstige verdeckte Ermittlungsmethoden	340
5.5.3.2.1	Telekommunikationsüberwachung	340
5.5.3.2.2	Abhörmaßnahmen des außerhalb der Wohnung gesprochen Wortes	344
5.5.3.2.3	Erhebung von Verkehrsdaten	345
5.5.3.2.4	Observationsmaßnahmen gemäß § 100 h StPO	345
5.5.3.2.5	Überwachung von Mobilfunkendgeräten nach § 100 i StPO sowie Bestandsdatenauskunft nach § 100 j StPO	346
5.5.3.2.6	Benachrichtigungspflicht gemäß § 101 StPO	347
5.5.3.2.7	Längerfristigen Observationen	347
5.5.3.2.8	Auskunftserteilung gemäß § 477 Abs. 2 StPO	348
5.5.3.2.9	Sonstige verdeckte Ermittlungsmethoden	348
5.5.4	Einstellungsmöglichkeiten	349
5.5.4.1	Einstellung nach § 153 a StPO	349
5.5.4.2	Einstellung nach § 153 StPO	352
5.5.4.3	Einstellung nach § 398 AO	353
5.5.4.4	Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	354
5.5.4.5	Beschränkung bzw. Einstellung des Verfahrens nach §§ 154, 154 a StPO	356
5.5.4.6	Einstellung nach § 154 f StPO	356
5.6	Spannungsverhältnis zwischen der Mitwirkungspflicht (§ 90 AO) im Steuerrecht und dem Recht auf passives Verhalten im Steuerstrafverfahren (§ 393 Abs. 1 AO)	356
5.7	Problem der Verwertung von Erkenntnissen für andere Strafverfahren nach § 393 Abs. 2 AO – § 30 AO (Steuergeheimnis) bzw. das Besteuerungsverfahren gemäß § 393 Abs. 3 AO	359

5.8	Akteneinsichtsrecht im Steuerstraf- und Steuerordnungwidrigkeitenverfahren	360
5.9	Organisation der Justiz	365
6.	**Schätzungen im Steuerstrafverfahren/Besteuerungsverfahren respektive Bußgeldverfahren sowie der Grundsatz in dubio pro reo**	367
6.1	Schätzungen im Besteuerungsverfahren	367
6.2	Schätzung im Steuerstrafrecht und der Grundsatz in dubio pro reo	375
7.	**Verwertungsverbote bei Beweismitteln**	381
7.1	Verwertungsverbote bei Zeugnisverweigerungsrecht	381
7.2	Verwertungsverbote bei Außenprüfung	382
8.	**Sonderproblem CD-Daten-Ankauf**	385
8.1	Steuerstrafrechtliches Verwertungsverbot	385
8.2	Steuerliches Verwertungsverbot	387
9.	**Strafbefreiungserklärungsgesetz sowie Ermittlungsmöglichkeiten bei Banken**	389
10.	**Stellung von Steuerberatern als Verteidiger**	399
11.	**Gebührenabrechnung des Rechtsanwalts bzw. Steuerberaters im Steuerstraf- und Bußgeldverfahren nach dem RVG sowie Gebühren von Gericht und Verwaltung**	401
11.1	Steuerberater- bzw. Rechtsanwaltsgebühren nebst Kostentragungspflicht	401
11.1.1	Gebühren im Strafverfahren	404
11.1.2	Gebühren im Bußgeldverfahren	407
11.2	Gerichtliche Gebühren	408
11.3	Gebühren der Verwaltung im Bußgeldverfahren	409
12.	**Zwischenverfahren**	411
13.	**Die mündliche Hauptverhandlung im Steuerstrafverfahren im Überblick unter Berücksichtigung der Funktion von Verteidigung und Strafverfolgungsbehörden**	413
13.1	Der Gang der Hauptverhandlung im Überblick	415
13.2	Urteilsfindung	422
13.3	Leitung der Hauptverhandlung durch den Vorsitzenden	422
13.4	Grundsatz der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	423
13.5	Konzentrationsmaxime	424

13.6	Hinweispflicht	424
13.7	Wesentliche Grundsätze der Beweisaufnahme	425
13.7.1	Zeugenbeweis	428
13.7.2	Sachverständigenbeweis	430
13.7.3	Urkundsbeweis	431
13.7.4	Augenscheinsbeweis	432
13.8	Verständigung im Strafverfahren	432
14.	**Das Strafbefehlsverfahren**	441
15.	**Kronzeugenregelung**	443
16.	**Besonderheiten des Bußgeldrechtlichen Verfahrens**	447
16.1	Opportunitätsprinzip	447
16.2	Verfall	447
16.3	Verwarnung	452
16.4	Rechtsbehelfe gegen den Bußgeldbescheid	453
16.5	Die mündliche Verhandlung nach Einlegung des Einspruchs	454
17.	**Weitere Folgen von Steuerhinterziehung und Steuerordnungwidrigkeiten**	457
17.1	Haftung nach § 71 AO	457
17.2	Berufsrechtliche und sonstige persönliche Folgen	460
17.3	Weitere Folgen	461
17.3.1	Hinterziehungszinsen gemäß § 235 AO	461
17.3.2	Insolvenzrechtliche Folgen	463
17.3.3	Festsetzungsverjährung	463
17.3.4	Änderungssperre	465
17.3.5	Arrest	465
18.	**Änderungen aufgrund des Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung**	467
18.1	Änderung von § 371 AO	469
18.1.1	Rechtsnatur der Selbstanzeige	470
18.1.2	Verunglückte Selbstanzeige	471
18.1.3	Berichtigungsumfang	471
18.1.4	Gestufte Selbstanzeige	478
18.1.5	Ausschlussgründe (§ 371 Abs. 2 AO)	478
18.1.6	Sonderregelung für Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen	487
18.1.7	Nachzahlungsverpflichtung (§ 371 Abs. 3 AO)	490
18.1.8	Form der Selbstanzeige	494
18.1.9	Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit	494

18.2	Änderung von § 398a AO	495
18.3	Sonstige Änderungen	500
18.3.1	§ 378 Abs. 3 AO	500
18.3.2	Anlaufhemmung nach § 170 Abs. 6 AO n. F.	500
18.4	Zeitliche Anwendung	501
18.4.1	Neuregelung nach §§ 371, 398a AO bzw. § 378 Abs. 3 AO	501
18.4.2	Neuregelung des § 170 Abs. 6 AO	503

Literaturverzeichnis 505
Stichwortverzeichnis 509